—* **Starke Zunahme des Automobilverkehrs.** Der Automobilverkehr hat in Sachsen gegenüber der Vorkriegszeit ganz erheblich zugenommen. Reine Vergnügungsfahrten mit Automobilen haben besonders an Sonn- und Feiertagen so zugenommen, daß sie sich zu einer Landplage geworden sind. Bekanntlich hat die sächsische Regierung im vorigen Jahre das im Kriege erlassene Verbot sonntäglicher Vergnügungsfahrten aufgehoben, wodurch die hemmungslose Automobilfahrerei erheblich begünstigt wurde. In diesem Zusammenhang ist die Tatsache interessant, daß innerhalb der bayerischen Regierung Bestrebungen im Gange sind, die Automobilfahrten an Sonn- und Feiertagen zu verbieten, um der erholungsbedürftigen Bevölkerung, besonders der Arbeiterschaft, ungestörte Sonntagsruhe und Erholung zu verschaffen.

—* **Regimentstag der 77er Artilleristen.** Uns geht die Nachricht zu, daß sich in Leipzig ein geschäftsführender Ausschuß zur Vorbereitung des ersten Regimentstages des ehem. Sächs. Feldart.-Regts. Nr. 77 und der von ihm aufgestellten Formationen gebildet hat, für dessen Tagung der 1. und 2. Oktober 1921 festgesetzt worden sind. Ein reichhaltiges Programm steht in Aussicht, vor allem sollen Beratungen über Errichtung eines Gedenksteines am Fuße des Völkerschlachtdenkmals für die gefallenen Helden der 77er stattfinden, dessen Einweihung für Anfang Oktober 1922 vorgesehen ist. Anmeldungsformulare für den Regimentstag stehen auf Anforderung durch Postkarte bei Herrn Paul Ihe, Leipzig-Gohlis, Aeußere Hallische Str. 62 II, allen 77er Artilleristen zur Verfügung.

—* **Das Mindestkontingent der Zigarettenfabriken.** Der Verein der Zigarettenfabriken, Tabakschneidereien und Hülsenfabriken in Sachsen hat der Reichsregierung einen Antrag auf Bewilligung eines Mindestkontingents von 50 Millionen Stück Zigaretten übermittelt. Dieser Antrag lag jetzt dem sächsischen Wirtschaftsministerium zur Stellungnahme vor, das die Handelskammern zur gutachtlichen Aeußerung über die Frage aufgefordert hat. Die Handelskammer Plauen hat sich dem sächsischen Wirtschaftsministerium gegenüber in ablehnendem Sinne ausgesprochen. Dabei wies die Handelskammer namentlich darauf hin, daß die Kontingente so festgelegt seien, daß den Zigarettenfabriken eine Existenzmöglichkeit gegeben sei. Eine willkürliche Abänderung dürfe keinesfalls Platz greifen. Leider sei es nicht zu verhehlen, daß der Zigarrenkonsum immer mehr zugunsten der Zigarette zurückgehe, denn 75 Prozent der Raucher hätten sich der Zigarette zugewendet. Die Zigarre bedürfe deshalb in Zukunft eines besseren Schutzes, wenn nicht die etwa 180 000 Zigarrenarbeiter zum größten Teil erwerbslos werden sollen.

—* **Der Stand der Auswandererbewegung.** Während im allgemeinen von einem wesentlichen Rückgang der Auswanderungslust aus Sachsen nach anderen Ländern nicht gesprochen werden kann, so ist doch teilweise eine gewisse Abwärtsbewegung zu bemerken. Vom 1. April bis 1. Juli sind, wie der Telunion-Sachsendienst hört, 685 Anträge und Anfragen wegen Auswanderung an die zuständigen Stellen gerichtet worden, gegen 705 in den ersten drei Monaten des Jahres. Dem Berufe nach waren die Auswanderungslustigen meist Fabrikarbeiter, dann Handlungsgehilfen und endlich landwirtschaftliche Arbeiter. Die landwirtschaftlichen Arbeiter haben wohl wegen der großen Reklame, die für eine Auswanderung nach Brasilien gemacht wurde, auf freie Ueberfahrt nach Brasilien gerechnet und hauptsächlich hierdurch bewogen, Schritte zur Auswanderung unternommen. Die Anfragen überhaupt betreffen, wie auch schon früher, hauptsächlich Brasilien und Nord-Amerika. In einigen Abständen folgen dann noch Argentinien, Mexiko und Peru. Von den europäischen Staaten wählen die Auswanderungslustigen an erster Stelle Rußland, die Niederlande und Jugoslawien. Weniger werden von ihnen Finnland, Dänemark und die östlichen Randstaaten bevorzugt. Die Zahl der Paßanträge nach diesen Ländern betrug im Ganzen 141 gegen 82 im ersten Vierteljahr. Auf eine große Zahl von Anträgen nach Nordamerika hat die amerikanische Paßstelle die Einreiseerlaubnis nicht erteilt.

—* **Ablösung aller kurzen Freiheitsstrafen durch Geldstrafen!** Die „Sächs. Staatsztg." veröffentlicht folgende Mitteilungen: Wie wir hören, ist in Kürze eine Novelle zum Strafgesetzbuch zu erwarten, die in höchst erfreulicher Weise die kurzen Freiheitsstrafen einschränken und durch Geldstrafen ersetzen soll. Weil nämlich die allgemeine Strafrechtsreform noch ziemlich geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, soll unerwartet dieser allgemeinen Reform der Entwurf eines „Gesetzes zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafe" dem Reichstage vorgelegt werden. Im gegenwärtigen Strafgesetzbuch ist das Strafmittel der Geldstrafe verhältnismäßig gering ausgenutzt, so daß der Richter in vielen Fällen auf Freiheitsstrafe erkennen muß, weil das Gesetz nur diese zuläßt. Es konnte dann bisher höchstens noch im Gnadenwege geholfen werden. Die geringen Freiheitsstrafen aber haben sehr viel gegen sich, weil schon die Entziehung der Freiheit auch nur auf kurze Zeit als ein sehr hartes und ehrenrühriges Uebel empfunden wird. Und oft würde eine Geldstrafe genügen, um denjenigen, der erstmalig gestrauchelt ist, wieder auf den rechten Weg zu bringen. Soviel wir über den Entwurf erfahren konnten, soll für ein Vergehen, für das nicht mehr als ein Monat Freiheitsstrafe erwirkt ist, künftig allgemein an Stelle der Freiheitsstrafe auf Geldstrafe erkannt werden, **wenn dadurch der Strafzweck auch erreicht** werden kann. Eine weitere Härte war bisher die, daß bei hohen Geldstrafen auf Grund der geltenden Bestimmungen im Falle der Uneinbringlichkeit auf sehr hohe Freiheitsstrafen als Ersatz erkannt werden mußte. War doch eine Geldstrafe bis zu 15 ℳ in eine eintägige Ersatzfreiheitsstrafe umzuwandeln. Künftig soll, wie bereits kurz mitgeteilt, ein Betrag bis zu 150 ℳ einem Tag Freiheitsstrafe gleichgeachtet werden. Die sehr erwünschte und so zeitgemäße Aenderung ist vor allem auf Anregung des sächsischen Justizministeriums zurückzuführen.

—* **Die Nonnengefahr.** Die Nonnengefahr für die sächsischen Wälder ist akut geworden und hat in einigen Teilen Sachsens, besonders in Pirna außerordentlichen Umfang angenommen. Wie der Telunion-Sachsendienst von zuständiger Stelle erfährt, hat in der Nacht zum 17. Juli ein ganz außerordentlich starker Ueberflug weiblicher Nonnenfalter aus Böhmen stattgefunden. Da hauptsächlich weibliche Falter herübergewechselt sind, ist die Gefahr besonders groß. Das Finanzministerium, dem die Forstverwaltung untersteht, hat im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern die notwendigen Bekämpfungsmaßnahmen eingeleitet. In ganz wenigen Tagen konnten allein im Schandauer Revier über 500 000 Falter gesammelt und vernichtet werden. Die Gefahr ist besonders in den Grenzgebieten außerordentlich groß. Bei Bekämpfung des Nonnenfalters werden auch die einheimischen Raupen bekämpft, damit sich nicht Falter daraus entwickeln können. Von der sächsischen Regierung ist auch veranlaßt worden, daß in den Privatwaldungen der Kampf gegen die Nonne aufgenommen wird.

* **Döbeln.** Die Malergehilfen der Amtshauptmannschaft Döbeln befinden sich im Ausstand. Sie fordern einen Lohnzuschlag von 40 Pfg. pro Stunde. Die Meister verhalten sich ablehnend. Zurzeit beträgt der Stundenlohn der Gehilfen 5,40 Mark.

* **Limbach.** Nach zehnjähriger Pause hat hier der Sächsische Schützenbund wieder ein Bundesschießen abgehalten, das aus allen Teilen Sachsens gut besucht war.

* **Pirna.** Durch die Bezirkstanzsteuer sind im vergangenen Jahr 200.000 Mark eingenommen worden. Trotzdem wird [illegible] wieder zu, während das letzte Viertel der Gemeinde verbleibt.

* **Löbau.** Eine einträgliche Quelle ist auch hier die Tanzsteuer. Sie wird für das laufende Jahr im Bezirk der Amtshauptmannschaft mit 128 000 Mark errechnet, dürfte aber wesentlich höher sein.

* **Buchholz.** Auf dem Friedhof sind etwa 100 Blumenstöcke aus den Gräbern gerissen und gestohlen worden.

Chemnitz. Unter Vergiftungserscheinungen nach dem Genuß von verdorbenen Fischen (geräucherten Makrelen) sind vor kurzem in Grüna 28 Personen [illegible] erkrankt. Der Gemeindevorstand gibt dazu folgende Darstellung: Von den am 14. Juli infolge des Genusses von geräucherten Makrelen in der hiesigen Gemeinde aufgetretenen Erkrankungen sind 29 Fälle zur Meldung gekommen. Leider ist auch ein Todesfall zu verzeichnen. Ein zehnjähriger Knabe ist an den Folgen der Vergiftung verstorben. Die Makrelen sind von dem hiesigen Händler am 13. Juli vormittags in der Markthalle in Chemnitz gekauft und am gleichen Tage durch Hausierhandel wieder verkauft worden. Der Chemnitzer Händler hat die Fische am 12. Juli von einer Firma in Altona geliefert erhalten. Ob ein Verschulden des Verkäufers vorliegt, wird durch die eingeleitete gerichtliche Untersuchung festgestellt werden.

Zwickau. Wie verlautet, hat der Arbeiterausschuß des König-Albert-Werkes, das zu dem Maximilianshüttenkonzern gehört, eine 6 Millionen Mark betragende Stiftung für die Arbeiterschaft abgelehnt. Nach den Bestimmungen soll jeder Arbeiter, der drei Jahre im Betriebe tätig ist, ein Sparkassenbuch über 1000 Mark erhalten, das als Kleinaktie und als finanzielle Beteiligung des Arbeiters am Werke gedacht ist. Es soll dem Arbeiter freistehen, sich mit weiteren Einlagen, denen eine fünfprozentige Mindestdividende gesichert ist, zu beteiligen.

* **Schneeberg.** Angeblich aus gekränktem Ehrgefühl hat der Gastwirt Willy Wendel, hier, Selbstmord verübt. Wendel war seit über 25 Jahren Sozialdemokrat und gehörte als solcher dem Stadtverordneten-Kollegium an. Als einer seiner Parteigenossen in seiner Gastwirtschaft Bier forderte, das ihm Wendel unter Hinweis auf alte Schulden nicht verabreichte, würgte ihn der rabiate Gast so, daß dem Wirt das Blut aus Mund und Nase floß. Die übrigen Gäste kamen dem Bedrängten nicht zu Hilfe. (!) Wendel scheint sich über die ihm von seinen eigenen Parteigenossen widerfahrene Schmach sehr erregt zu haben. Er ging in die Küche und erschoß sich.

Reitzenhain. Am Sonntag brach hier auf der Torfmoorfläche der Gemeindeverbandstorferzeugung Reitzenhain—Kühnhaide Feuer aus, das etwa 18 Ar ergriff. Nur der schnellen Hilfe der Wehren Reitzenhain und Kühnhaide ist es zu danken, daß der angrenzende 50- bis 60jährige Staatsforst vor größerem Schaden bewahrt blieb, teilweise mußten schon brennende Bäume gefällt werden. Die Wehren waren noch bis abends ½7 Uhr in Tätigkeit. Der Brand ist durch Fahrlässigkeit entstanden.

* **Oelsnitz i. Erzgeb.** Vor fünfzig Jahren, am 25. Juli 1871, wurde hier der erste Spatenstich zu dem Schacht „Deutschland" getan, der heute mit zu den bedeutendsten des Reviers zählt.

* **Ebersbach.** Gestern nachmittag ereignete sich auf der Strecke Ebersbach-Dürrhennersdorf ein folgenschweres Eisenbahnunglück. Eine von Ebersbach kommende leer fahrende Vorspann-Lokomotive stieß auf der eingleisigen Strecke mit einem von Löbau kommenden aus Lokomotive und Personenwagen bestehenden Prüfungszuge der Dresdner Generaldirektion zusammen. Die Prüfungskommission war bereits in Dürrhennersdorf ausgestiegen. Beide Lokomotiven fuhren mit voller Wucht ineinander und wurden vollständig zertrümmert. Ebenso wurde der Personenwagen schwer beschädigt. Der Lokomotivführer der Vorspannlokomotive namens Otto Kiesold aus Löbau wurde getötet, während der Heizer der Vorspannlokomotive Hans Otto Ronsch, ebenfalls aus Löbau, schwer verletzt wurde. Das Personal des Prüfungszuges, bestehend aus Zugführer, Lokomotivführer und Heizer, erlitt leichte Verletzungen.

Regis-Breitingen. Am Sonnabend nachmittag war der Tagebau des hiesigen Braunkohlenwerkes in Brand geraten. Das Feuer griff so schnell um sich, daß die Wehren seiner nicht Herr werden konnten. Zur Unterstützung wurde gegen abend die Leipziger Berufsfeuerwehr zu Hilfe gerufen, die auch bald mit einer Motorspritze erschien. Mit sechs Schlauchleitungen ging man nun dem Brande zu Leibe. Am Abend stand die Hälfte des Tagebaues in Flammen, begünstigt durch den Wind und die große Trockenheit. Am Sonntag nahm der Brand an Ausdehnung zu. Man rief deswegen noch die Chemnitzer Berufsfeuerwehr zu Hilfe, der es in Gemeinschaft mit der Leipziger Wehr gelang, den Brand zu ersticken. Der Schaden soll etwa 8 Millionen Mark betragen.

Leipzig. Zwecks Feststellung des richtigen Namens sollte ein in einem hiesigen Hotel einquartiertes junges Mädchen mit Kriminalbeamten nach dem Polizeiamt gehen. Das Mädchen bat um Zeit zum Umkleiden und schloß sich in ihr Zimmer ein, während die Kriminalbeamten vor der Türe und im Nebenzimmer wachten. Inzwischen hatte das junge Mädchen eine Gardinenschnur am Fenster befestigt, an der sie sich aus dem im zweiten Stock liegenden Zimmer in den Hof hinunterlassen und entfliehen wollte. Diesen waghalsigen Fluchtversuch sollte das leichtsinnige Mädchen mit dem Tode bezahlen. Sie vermochte sich nicht an der schwachen glatten Schnur festzuhalten, entglitt vielmehr daran herunter und brachte sich dadurch so tiefe Schnittwunden an den Händen bei, daß es die Schnur vor Schmerz loslassen mußte und aus beträchtlicher Höhe rücklings in den Hof hinabstürzte. Kurz darauf ist das Mädchen an den erlittenen Verletzungen gestorben.

* * *

* **Elsterwerda.** Ueber die Löschung des gewaltigen Forst- und Heidebrandes bei Sauchniesen zwischen Gorden und Hohenleipisch (Niederlausitz), der eine Ausdehnung von 65 Hektar angenommen hatte, wird dem Telunion-Sachsendienst noch gemeldet: Der Ausbruch des Brandes erfolgte Montag, den 18. Juli 12,30 Uhr mittags. Die Ursache war, wie meistens, ein Zigarettenrest oder Anbrennen eines Reisig-Haufens, der beim Mähen im Wege war. — Das schnelle Ausbreiten des Brandes wurde durch den Ostwind begünstigt. Durch diensttuende Forstbeamte wurden dann sofort Löschmannschaften bei den zuständigen Gemeinden angefordert, worauf einzelne Leute aus Gorden erschienen. Aus Hohenleipisch wurden vom Gemeindevorstand 50 Mann versprochen, wovon aber nur drei Mann kamen. Eine halbe Stunde nach Ausbruch des Brandes traf aus Plessa eine Motorspritze ein, die das Uebergreifen des Brandes auf den Staatsforst zunächst verhütete. Der Landrat des Kreises, Herr Landrat Vogel besichtigte Dienstag vormittag die Brandgegend und ließ daraufhin die Ortswehr in Hohenleipisch alarmieren mit dem Erfolg, daß zwei Mann kamen. Daraufhin wurde vom Landrat die Technische Nothilfe aus Wittenberg angefordert, die am Mittwoch morgen 6 Uhr 50 Mann stellte, welche sofort eingesetzt wurden. Dresden stellte 65 Nothelfer, durchweg technische Hochschüler, die am Mittwoch in Hohenleipisch mit der Bahn anlangten, den Marsch bis Gorden antraten, wo sie Quartier bezogen, und am nächsten Morgen auf der Brandstätte eingesetzt wurden. Außer Nothelfern von Wittenberg, Doberlugk, Fürstenwalde, Eilenburg, Halle und Torgau beteiligten sich Forstbeamte, Waldarbeiter, Einwohner aus Gorden und die Besitzer der gefährdeten Wiesen an der Bekämpfung des Brandes. Am Freitag nachmittag trafen noch Nothelfer aus Mark Brandenburg ein. Die große Dürre, hervorgerufen durch den unerträglichen Sonnenbrand, begünstigte die Ausbreitung des Feuers, daß in dem moorigen Boden unter der Oberfläche weiterfraß, [illegible] sobald die Stämme [illegible] von selbst einstürzten. Es wurden durch die Nothelfer ca. 2000 Meter Gräben bis 1 Meter tief ausgehoben. [illegible] durch [illegible] Bäume [illegible] werden [illegible] im [illegible] war außerordentlich gefährlich und [illegible], da [illegible] teilweise zwischen dem Feuer die Nothelfer zu arbeiten genommen waren. Das Feuer, welches bis 20 Meter an den Staatsforst herangekommen war, hätte unermeßlichen Schaden angerichtet, falls es übergegriffen wäre.

Nichtamtlicher

Bericht über die öffentliche Gemeinderatssitzung in Gröba

am 25. Juli 1921, abends 7 Uhr im Sitzungssaale der Zentralschule.

Anwesend: Herr Gemeindevorstand Hans, Herren Gemeindeälteste Günther und Schmidt, 16 Gemeindevertreter sowie Herr Ortsbaumeister Sanger. Entschuldigt fehlten die Herren Hanke, Lämmel, Münch und Riebel. Der Zuhörerraum war gut besetzt. Die Sitzung leitete Herr Gemeindevorstand Hans.

Als erster Punkt der Tagesordnung beschäftigt das Kollegium die Beratung des **Haushaltplans** für die Gemeindekasse sowie für die sämtlichen Nebenkassen auf 1921/22. Herr Gemeindevorstand **Hans** verliest die einzelnen Konten und gibt hierbei die erforderlichen Erläuterungen. Die Einnahmen und Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

		Einnahme:	Ausgabe:
Konto	1 Vorjährige Rechnung	50.000,—	—
„	2 Gebühren und Strafgelder	8.900,—	11.800,—
„	3 Besoldungen und Pensionen	68.550,—	332.720,—
„	4 Polizeiwesen	520,—	110.010,—
„	5 Militäreinquartierung	—	—
„	6 Gemeinnützige Zuwendungen bzw. für gemeinnützige und wohltätige Zwecke	1.200,—	81.200,50
„	7 Veränderungen beim Stammvermögen	510,—	3.900,—
„	8 Allgem. Verwaltungsaufwand	900,—	48.400,—
„	9 Verzinsung und Tilgung der Schulden	7.181,75	78.801,70
„	10 Steuern und Abgaben	500.500,—	20.200,—
„	11 Grundstücke	59.381,—	65.629,—
„	12 Obst- und Alleebäume	6.090,—	4.540,—
„	13 Bauwesen	72.880,—	228.510,—
„	14 Oeffentliche Beleuchtung	—	2.600,—
„	15 Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben	180.000,—	180.500,—
„	16 Insgemein	100,—	27.851,55
„	17 Betriebskapital	900.000,—	906.000,—
	Summen:	2.035.762,75	2.035.762,75
Anhang	1 Gemeindesteuerkasse	1.226.865,80	1.226.865,80
„	2 Standesamtskasse	5.528,80	5.528,80
„	3 Hebammenunterstützungskasse	1.067,50	1.067,50
„	4 Marchengrundstückskasse	16.800,—	16.800,—
„	5 Armenkasse	46.867,—	46.867,—
„	6 Feuerlöschkasse	28.200,—	28.200,—
„	7 Rittergutskasse	1.069.000,—	1.069.000,—
„	8 Sparkasse	275.000,—	275.000,—
„	9 Gaswerkskasse	822.405,—	822.405,—
„	10 Wasserwerkskasse	302.150,—	302.150,—

Das Kollegium beschließt einstimmig, die vorerwähnten Posten zu genehmigen, nachdem diese bereits von den betreffenden Ausschüssen geprüft und begutachtet worden sind. — Im Anschluß hieran wird beschlossen, dem jetzt 30 000 Mark betragenden Unterstützungsfonds weitere 30 000 Mark zuzuführen.

2. Nach dem Gemeindesteuerkassen-Haushaltplan auf das Rechnungsjahr 1921/22 sind 1 226 865.80 Mark durch Steuern zu decken. Davon müssen 10 Prozent gleich 122 686.58 Mark durch **Grundsteuern** gedeckt werden. Der gemeine Wert sämtlicher Gröbaer Grundstücke betrug Ende März 1921 22 966 318 Mark. Auf 1000 Mark gemeiner Wert würden demnach 5,31 Mark entfallen. Der Finanzausschuß schlägt vor, auf 1000 Mark gemeinen Wert 5,40 Mark Grundsteuer zu erheben und diese Beträge in drei Terminen einzuziehen. Der Gemeinderat erklärt sich hiermit einverstanden. (s. amtl. Bekanntmachung in vorl. Nr.)

Hiernach wird ein Antrag des Herrn Gemeindeältesten Schmidt einstimmig angenommen, dem Reichstag zu unterbreiten, bei der bevorstehenden Beratung der neuen Umsatzsteuer-Vorlage auf eine gerechtere Verteilung der Umsatzsteuer-Erträge auch auf diejenigen Industrieorte bedacht zu sein, in denen größere industrielle Unternehmungen vorhanden seien, diese aber ihren Sitz anderwärts hätten — wie dies in Gröba der Fall sei, das zwar als Arbeiterwohngebiet gelte, nicht aber bei Verteilung der Umsatzsteuer-Erträge entsprechend in Frage komme.

3. Zwecks Vergebung verschiedener **Handwerker- und sonstiger Bauarbeiten** für die dritte Baugrube waren vom Bauausschuß Preisangebote eingefordert worden. Aus dem Berichte des Herrn Ortsbaumeisters Sanger war zu entnehmen, daß sich die Preise für die erforderliche elektrische Licht- und Klingelanlage zwischen 47 190.30 Mark und 59 932.64 Mark bewegen, bei den Schlosserarbeiten beträgt das Mindestangebot 17 018.90 M., das Höchstangebot 30 435.60 Mark, die Türbeschläge werden vom Mindestfordernden mit 13 484.40 Mark, vom Höchstfordernden mit 16 028.02 Mark veranschlagt. Der Bauausschuß bringt in Vorschlag, die Arbeiten wie folgt zu vergeben: 1) Elektr. Licht- und Klingelanlage: Blum und Gaertner-Gröba Haus 1—3, Franz Riebel-Gröba Haus 4—8; 2) Schlosserarbeiten: Paul Dinger-Gröba Haus 1 und 2, Betriebsgenossenschaft Riesa Haus 3—8; Lieferung der Türbeschläge: Betriebsgenossenschaft Riesa. Die abgegebenen Preise für Grundstücksentwässerung, Einfriedigungen usw. schwanken zwischen 118 116.70 Mark und 116 799 Mark, während für den Transport von Erdmassen und die Planierungsarbeiten 34 986.50 Mark bis 42 560 Mark gefordert werden. Der Bauausschuß schlägt vor, genannte Arbeiten von folgenden Firmen ausführen zu lassen: Baumeister Sänger-Riesa Grundstücksentwässerung; Baumeister Heim-Riesa Hausklärgrube, Aschegruben, Hofeinfriedigung; Baumeister Schneider-Riesa Bleichplaneinfriedigung; Baumeister Hennig-Gröba Vorgarteneinfriedigung, sowie Hofbefestigung und Massenbewegung; Gärtnereibesitzer Nuckstein-Gröba Gartenanlagen. Die Vorschläge des Bauausschusses werden vom Gemeinderat einstimmig genehmigt. — Vor Entschließung des Kollegiums verliest der Herr Gemeindevorstand ein in letzter Stunde von Herrn Schlossermeister Dinger eingereichtes Schreiben, in dem sich dieser gegen die Art der Verteilung der Schlosserarbeiten wendet. Er bittet, da er sich nicht genügend berücksichtigt glaubt, ihm weitere Aufträge zuzuweisen. Herr Ortsbaumeister Sanger erklärt hierzu, daß sich der Bauausschuß notgedrungen entschließen mußte, fremde Arbeiten an mehrere Auswärtige zu vergeben, da die Wohnungen möglichst bis 1. September bezugsfertig sein sollen. Nachdem noch darauf hingewiesen worden war, daß derartige Gesuche rechtzeitig dem zuständigen Ausschuß unterbreitet werden müßten, beschließt man, das Schreiben auf sich beruhen zu lassen. Herrn Dinger wird für künftige Fälle Berücksichtigung zugesagt.

Schuhe, sowie alle anderen Lederwaren färbt man nur mit Brauns'schen Nilfen. Wilhelm Brauns, G.m.b.H., Quedlinburg. Verl. Sie Gratisbrosch. Nr. Z.